



# PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Soziales und Senioren  
Michael Paetzold

An Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**Thomas Hegenbarth**

**Lisa Gerlach**

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 11.04.2016

**AN/0658/2016**

## Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	14.04.2016

### Neue Modelle für die Unterbringung von Flüchtlingen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Antragssteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung im Ausschuss für Soziales und Senioren zu setzen:

Die Unterbringung von Geflüchteten in hier ansässigen Familien gilt als gute Möglichkeit, in der neuen Gesellschaft „anzukommen“. Bisher funktioniert das für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, da diese als Pflegekinder diese Chance bekommen. Das Fazit ist seit Beginn im November 2015 beeindruckend positiv.

Vor diesem Hintergrund wollen wir von der Verwaltung eine Einschätzung zur Unterbringung von Erwachsenen, sogar von kleinen Familien, in Wohngemeinschaften mit interessierten hier ansässigen Familien usw., wobei nach dem Motto „Zeit gegen Zeit“ seitens der Aufnehmenden Rat und Hilfe angeboten und seitens der annehmenden Geflüchteten im Gegenzug in begrenztem Umfang Hilfe im Haushalt zugesagt wird.

Wir denken an eine Modifikation des Konzepts „Wohnen gegen Hilfe“ zwischen Erwachsenen, und zwar an eine erweiterte Form, die sich weniger an Studierende und Senioren, sondern an Flüchtlinge auf den Sprossen der deutschen Bildungsleiter und aufnehmende unterstützende Haushalte richtet.

Die Stadtverwaltung schreibt, dass einer Umfrage zufolge Flüchtlingen „kaum vermittelbar [ist], dass sie ganze Wohnungen bezahlt bekommen könnten, für „nur“ ein Zimmer aber in

einer Wohnpartnerschaft Gegenleistungen aufbringen sollen.“<sup>1</sup> Laut dieser Antwort ist es also ein Problem, dass es für die Flüchtlinge keinen Anreiz gibt. Ebenso ist die Motivation von Haushalten hinterfragenswert, wenn sie gratis nicht landeskundige Menschen aufnehmen, ihnen Wohnraum, Essen und Zeit für die Unterstützung beim Ämtergang anbieten, während die Aufgenommenen vorwiegend die Sprache lernen und sich bilden sollen.

**Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:**

- 1) Was schlägt die Verwaltung vor, um die Idee zu einer auf Menge ausgerichteten Unterbringungsform zu machen?
- 2) Könnte die Verwaltung sich vorstellen, finanzielle sowie Versorgungsanreize zu schaffen, indem ein Teil der für eine Unterbringung in Notaufnahmestellen eingesparten Gelder an aufnehmende Familien und annehmende Geflüchtete weitergegeben wird?
- 3) Welche sinnvollen Maßnahmen würde die Verwaltung ergreifen, um das Risiko zu minimieren, dass Menschen mit unlauteren Motiven sich für eine Aufnahme bewerben oder dass junge und unerfahrene Flüchtlinge bei ihren Gegenleistungen für den Wohnraum über Gebühr in Anspruch genommen werden?
- 4) Welche Kontrolle durch Sozialarbeiter oder Ombudsleute könnte die Verwaltung leisten, um Vertrauen zu fördern und beide Seiten gegen soziale Ausbeutung zu schützen?
- 5) Wie kann ein mögliches Abhängigkeitsgefühl gegenüber Wohnraumanbietern so weit minimiert werden, dass es weniger schlimm ist als das Abhängigkeitsgefühl gegenüber Betreuern vom Amt und Wachleuten in Flüchtlingsheimen?

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach

---

<sup>1</sup> [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=58142&search=1](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=58142&search=1)